



HIBS NEWSLETTER

Dezember 2021

Die „HiBs“-Gruppe wünscht frohe Weihnachten und ein frohes neues Jahr 2022!

Doppelhaushalt 2022/23 sichert
„Schwarze Null“ und stellt
Investitionen bereit

Schutz vor Hochwasser und
Sicherung unserer Wasserqualität



Kulturelle Teilhabe

Darum braucht es ein
niedersächsisches
Kulturförderungsgesetz

Inhalt

Christoph Plett: Kulturelle Teilhabe braucht verlässliche Strukturen – für ein niedersächsisches Kulturfördergesetz.....	2
„HiBs“-Gruppe: Der neue Doppelhaushalt 2022/23 strotzt vor Investitionen	4
Frank Oesterhelweg: Impfstoffversorgung durch die Bundeswehr.....	4
Frank Oesterhelweg: Adventsbesuch beim Kinderschutzbund Wolfenbüttel.....	5
Frank Oesterhelweg: Weihnachtsgruß.....	5
Laura Hopmann: Hochwasserschutz in den Kommunen kommt im Umwelthaushalt zentrale Bedeutung zu	6
Uwe Schünemann zur Verabschiedung eines Entschließungsantrages im Landtag zum Thema K&S Salzeinleitung:.....	6
Thomas Ehbrecht: Mit dem Niedersächsischen Wassergesetz bekennen wir uns zu einem starken Gewässer- und Grundwasserschutz mit der Wasserrahmenrichtlinie als Gradmesser	7
Thomas Ehbrecht: Volkswagen investiert über 21 Milliarden Euro in seine niedersächsischen Standorte und macht Niedersachsen zum Land der Elektromobilität..	7
Veronika Koch: Helmstedter Landtagsabgeordnete stellen sich hinter Polizei- und Ordnungskräfte.....	7

Leitartikel



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir, die sieben Landtagsabgeordnete innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir frohe Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr 2022!

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr „HiBs“-Team

Christoph Plett: Kulturelle Teilhabe braucht verlässliche Strukturen – für ein niedersächsisches Kulturfördergesetz

Die niedersächsische Kultur ist ein wichtiger Baustein für die Teilhabe aller Generationen und Schichten am gesellschaftlichen Leben und dient in ihren verschiedensten Ausprägungen als Motor unserer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Sie hat eine hohe Bedeutung für die regionale Entwicklung der verschiedenen Regionen unseres Bundeslandes, stärkt Bildung sowie regionale Identität und fördert dabei Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt zugleich.

Wir unterstützen daher die Initiative unseres niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler MdL (CDU), im Niedersächsischen Landtag ein Kulturfördergesetz auf den Weg zu bringen. Im jüngst vergangenen Dezember-Plenum stand das geplante Kulturfördergesetz im Rahmen einer von der CDU-Landtagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde erstmals auf der Tagesordnung des Landtages.

Ziel eines Kulturfördergesetzes sollte es unserer Ansicht nach sein, die Kulturförderung in Niedersachsen über eine landesgesetzliche Regelung endlich als öffentliche Aufgabe festzuschreiben und abzusichern und in diesem Rahmen auch die für die Kulturförderung schon lange nötigen klaren und transparenten Regeln zu schaffen.

Auf dem Weg zur Verabschiedung eines Kulturfördergesetzes wird ein intensiver Dialogprozess erforderlich sein, um die beteiligten Akteure der Kulturszene und ihre Vorstellungen und Anregungen zu

berücksichtigen und die Förderung möglichst einfach, partizipativ und transparent zu gestalten. Wichtig ist uns dabei, die gesamte Vielfalt und Breite der Kultur zu fördern und im Gesetz abzubilden – von den großen Staatstheatern und Landesmuseen bis hin zu kleinen Einrichtungen der freien Szene.

Die Verantwortung für die Kulturszene soll nach Vorstellung der CDU-Landtagsfraktion selbstverständlich bei den Kommunen bleiben, die diese Aufgabe schon bisher in Zusammenarbeit mit den Landschaften und den Landschaftsverbänden sowie deren Mitgliedern sehr gut erfüllen und mit der Verabschiedung eines Landesgesetzes zu keinen weiteren Aufgaben und Ausgaben verpflichtet werden sollen – hier fühlen wir uns selbstverständlich an das Konnexitätsprinzip gebunden.

Auch ganz konkrete Handlungsfelder der Landeskulturförderung sollten in einem zu beschließenden Kulturfördergesetz festgelegt werden, unter anderem die Förderung der kulturellen Infrastruktur (Kulturfachverbände, Landschaften, Landeseinrichtungen), die Förderung kultureller Bildung und der Breitenkultur sowie die Erhaltung des kulturellen Erbes. Die landeseigenen Kulturaufgaben sollten in einem Gesetz ebenfalls klar geregelt sein, insbesondere in Bezug auf die Landeskultureinrichtungen (Staatstheater, Landesmuseen etc.), die Aufgaben des Landes Niedersachsen als Teil des föderalen deutschen Bundesstaates und im internationalen Kontext eindeutig beschrieben werden.

„Wichtig ist uns dabei, die gesamte Vielfalt und Breite der Kultur zu fördern und im Gesetz abzubilden.“

Für mehr Transparenz bei der Beantragung und Auszahlung von Fördermitteln ist es unserer Ansicht nach entscheidend, die Förderverfahren klar zu regeln. Dabei sollten besonders die verschiedenen Arten der Förderung, die Art und Weise der Antragstellung sowie die Zusammensetzung möglicher Jurys klar geregelt sein. Einmal jährlich soll zudem ein Landeskulturbericht als Beitrag zur kulturpolitischen Debatte und als Sachstandsbericht vorgestellt werden.

Um das wichtige Thema Kulturförderung auf sichere Füße zu stellen und nicht zur Verhandlungsmasse von Koalitionsverhandlungen nach der am 9. Oktober 2022 anstehenden Landtagswahl werden zu lassen, halten wir es für sehr wichtig, das Kulturfördergesetz noch vor der anstehenden Landtagswahl im Niedersächsischen Landtag zu beschließen und so auf diesem Themengebiet Klarheit zu schaffen.

Die Kultur in Niedersachsen leistet einen unglaublich wertvollen Beitrag für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Vielfalt in unserem Land. Sie hätte es schon lange verdient gehabt, dass die Förderung der Kultur in einem Kulturfördergesetz verankert, als landespolitische Aufgabe festgeschrieben und transparent geregelt wird. Dafür, dass dieses Ziel nun endlich erreicht wird, werden auch wir uns als „HiBs“-Gruppe in der CDU-Landtagsfraktion und im Landtag einsetzen.



Christoph Plett ist für die CDU-Landtagsfraktion Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftsminister Björn Thümmler (CDU) wirbt Plett für ein Kulturfördergesetz.

Aus dem Plenum

„HiBs“-Gruppe: Der neue Doppelhaushalt 2022/23 strotzt vor Investitionen Und trotzdem werden Schulden getilgt

Am 16. Dezember hat der Landtag den Doppelhaushalt 2022/23 beschlossen. Mit einem Haushaltsvolumen im Jahr 2022 von 37,1 Milliarden und 2023 von 38,7 Milliarden ein großes Paket. Der Haushalt ist zwar von der Pandemie geprägt, sieht aber dennoch genügend Spielraum für Investitionen in Niedersachsens Zukunft vor.

Die Investitionsausgaben steigen sogar. So erhöhten sich die Investitionen seit 2017 von 1.376 Millionen Euro auf 1.790 Millionen Euro in 2022. Das ist ein erheblicher Anstieg von 30 Prozent. Doch neben verständlicher Weise vielen Zahlen stecken auch konkrete an die Gelder geknüpfte Inhalte. Deutschland und auch Niedersachsen hat aus den Erfahrungen der Covid-19-Pandemie gelernt. Demnach ist es selbstverständlich, dass auch dieser Haushalt gezielte Maßnahmen enthält, die den Auswirkungen der Pandemie entgegenwirken. Zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie hat Niedersachsen mit einem Sondervermögen die notwendigen Vorkehrungen getroffen. Zusätzlich wird eine bessere Gesundheitsversorgung durch die Finanzierung des 2. Bauabschnitts und der Erhöhung der Medizinstudienplätze an der European Medical School eingerichtet. Auch eine Modernisierung der Krankenhäuser sieht der Haushalt vor, welche die Strapazen der Pandemie besonders zu spüren bekamen.

Corona kann und sollte allerdings nicht das alleinbestimmende Thema dieses Haushalts sein. Gerade aufgrund der prekären Situation der letzten Jahre sind Investitionen in die Zukunft essentiell. Und welche Investition in die Zukunft könnte nachhaltiger sein als in die kommenden Generationen. Der Haushaltssektor Bildung, Wissenschaft und Kultur ist daher nicht ohne Grund der größte. Die Regierung aus SPD und CDU möchte nun endlich die Finanzierbarkeit für den Einstieg in die „dritte Kraft“ an Kindertagesstätten umsetzen. Auch für den Schutz unserer Kinder, indem Fortbildungen für Lehrerinnen, Erzieher und Ehrenamtliche gefördert und ein sechstes Kinderschutzzentrum gegründet wird, ist gesorgt. Mit der Einführung des stark vergünstigten Tickets im ÖPNV für junge Menschen, wird ein Ziel des Koalitionsvertrages erfüllt.

Aus dem Wahlkreis

Frank Oesterhelweg: Impfstoffversorgung durch die Bundeswehr Oesterhelweg besucht Standort Quakenbrück

Über den Bundeswehr-Standort in Quakenbrück, das „Versorgungs- und Instandsetzungszentrum Sanitätsmaterial“, läuft auch während der vierten Corona-Welle die bundesweite Versorgung mit Impfstoffen.

Gemeinsam mit seinem dortigen Landtagskollegen Christian Calderone (CDU) hat sich Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg die anspruchsvolle und für Deutschland wichtige Arbeit der Soldatinnen und Soldaten angesehen.

Frank Oesterhelweg: „Logistisch ist die Aufgabe für Flottenapotheker Martín Pape und seinen Mitarbeiterstab eine enorme Aufgabe. Die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten in den auf bis zu minus 70 Grad herunter gekühlten Containern ist zudem körperlich extrem herausfordernd. Wir schulden unserer Bundeswehr, die dies für den Schutz unserer Bevölkerung leistet, Dank und höchste Anerkennung - ebenso wie all' denen, die in unterschiedlichster Art und Weise gegen die Pandemie kämpfen!“



Bild (Bundeswehr) v. l. n. r.: Flottenapotheker Martín Pape, Christian Calderone, Kevin Podeszwa, Frank Oesterhelweg - im Hintergrund sind einige der Kühlcontainer zu sehen.

Aus dem Plenum

Zur Zukunft gehört auch der Einklang von Klimaschutz und bestehenden Strukturen. Das im Haushalt enthaltene Maßnahmenpaket „Stadt.Land.ZUKUNFT“ fördert eine ökologische, auf den Klimaschutz und die Eindämmung der Folgen des Klimawandels ausgerichtete Land- und Fortbewirtschaftung. Gleichzeitig werden Investitionen in den Straßenbau, Hochbau und energetische Sanierungsmaßnahmen in unseren Gebäuden getätigt.

Auch für die Leistungsfähigkeit des modernen Staates ist gesorgt. Für den Modernisierungsprozess sind Gelder zur Digitalisierung der Verwaltung eingeplant. Im Bereich staatlicher Sicherheit sollen 530 zusätzliche Polizeianwärter-Stellen bei der Polizei in 2022/23 geschaffen werden.

Besonders stolz sind wir als CDU darauf, dass trotz des wichtigen Investitionsvolumens keine neuen Schulden gemacht werden. Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) wird im kommenden Jahr 698 Millionen Euro tilgen. Dies führt dazu, dass konjunkturell bedingte Kredite der Vorjahre zurückgezahlt werden können. Schon nächstes Jahr und damit früher als geplant kehrt Niedersachsen zu einem ausgeglichenen Haushalt zurück und erreicht wieder die „schwarze Null“, ein stetiges Wahlversprechen der CDU! Dass dies auch anders geht, erleben wir derzeit in Berlin, wo der neue Finanzminister Christian Lindner (FDP) rund 60 Milliarden Euro Kreditermächtigungen grundgesetzwidrig in Energie- und Klimafonds umgeleitet hat. Ein dauerhaft verschuldeter Staat birgt jedoch die Gefahr der Inflation. Inflations- und Schuldenpolitik geht vor allem zu Lasten der kommenden Generationen. Vergleicht man den niedersächsischen Doppelhaushalt für 2022/23 und die aktuellen Wirren in Berlin, dann wird klar: solide Finanzpolitik geht nur mit der CDU!

Aus dem Wahlkreis

Frank Oesterhelweg: Adventsbesuch beim Kinderschutzbund Wolfenbüttel

Gemeinsam mit seiner Stellvertreterin und Geschäftsführerin Sarah Grabenhorst-Quidde und stellvertretendem Landrat Uwe Schäfer besuchte CDU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Frank Oesterhelweg den Kinderschutzbund in der Lessingstadt: „Anstelle unserer adventlichen Verteilaktion in der Fußgängerzone gab es eine große Kiste mit Mandarinen, Nüssen und anderen Leckereien sowie eine Extraportion Äpfel sowie CDs und einen Umschlag für die Kleinen und ihre Betreuerinnen und Betreuer. Ulrike Hesselbach und Herbert Theissen vom Kinderschutzbund freuten sich über den Besuch ... und wir uns auf ein ausführliches Gespräch im neuen Jahr!“



Bild v. l. n. r.: Frank Oesterhelweg, Herbert Theissen, Ulrike Hesselbach, Sarah Grabenhorst-Quidde und Uwe

Frank Oesterhelweg: Weihnachtsgruß

Wir, die Kolleginnen und Kollegen der HIBS-Abgeordnetengruppe der CDU im Niedersächsischen Landtag, wünschen ein gesegnetes und fröhliches Weihnachtsfest!

Für das neue Jahr hoffen wir alle auf eine Entspannung der Corona-Lage und ein friedliches und gedeihliches Miteinander. Bleiben wir optimistisch! Ihnen viel Glück und Gesundheit für 2022!



Aus dem Plenum

Laura Hopmann: Hochwasserschutz in den Kommunen kommt im Umwelthaushalt zentrale Bedeutung zu

„Vor allem im Bereich Hochwasserschutz - und damit auch im Bereich Klimafolgenanpassung - bringen wir mit dem aktuellen Haushaltsplan ganz viele wichtige Dinge auf den Weg“, so Laura Hopmann, die Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz ist. Extremwetterereignisse seien keine Ausnahmen mehr, die „irgendwo ganz weit weg“ passieren. Erst im August dieses Jahres hatte der Weltklimarat in seinem aktuellen Bericht ein düsteres Bild gezeichnet und auch für Niedersachsen noch einmal eine Zunahme an Extremwetterereignissen vorausgesagt.

„Der Klimafolgenanpassung - die eben auch Hochwasserschutz im Binnenland und Starkregenvorsorge auf kommunaler Ebene beinhaltet - kommt darum in unserem Haushaltsentwurf eine entscheidende Bedeutung zu“, so die Landtagsabgeordnete. Die Kosten für die damit einhergehenden Aufgaben teilen sich Bund und Land, so dass die Kommunen in die Lage versetzt werden können, Projekte umzusetzen, bzw. so zügig wie möglich umzusetzen. Das gelte im besonderen Maße für den Hochwasserschutz. Die dafür veranschlagten Mittel belaufen sich in 2022 und 2023 jährlich - wie auch schon in 2021 - auf rund 14,7 Millionen Euro.

„Konkret haben wir für den Bereich Klimafolgenanpassung insgesamt 80 Millionen Euro reserviert. Eingeplant sind dabei 23,5 Millionen Euro für den klimafolgengerechten Ausbau von Infrastruktur in der Wasserversorgung und -nutzung unter dem Stichwort ‚Wasserversorgungskonzept Niedersachsen‘, 23,5 Millionen Euro für die Herausforderungen des niedersächsischen Wassermanagements, 28,2 Millionen Euro für Hochwasserschutz im Binnenland, der wegen unterschiedlicher Höhenlagen und Strukturen sehr komplex ist, und nochmal – 4,8 Millionen Euro für weitere Maßnahmen“, erläutert die Umweltpolitikerin.

Um den zahlreichen Herausforderungen dieser umweltpolitischen Themen gerecht zu werden, müssten sie künftig noch stärker bereichsübergreifend und kooperativ gedacht und geplant werden, denn das Hochwasser interessiere sich nicht für Zuständigkeitsgrenzen der Verwaltung. „Darum bin ich froh, dass wir als regierungstragende Fraktionen mit unseren

Änderungsanträgen zum Landeshaushalt 2022/2023 entsprechende Maßnahmen anschieben und große Schritte in die richtige Richtung machen“, so Hopmann abschließend.

Uwe Schünemann zur Verabschiedung eines Entschließungsantrages im Landtag zum Thema K&S Salzeinleitung:

Starkes Signal gegen Weserversalzung!

Der Landtag hat einstimmig eine Entschließung zum Thema „Bessere Wasserqualität von Weser und Werra“ verabschiedet. Damit wurde ein kräftiges Signal in Richtung K+S Minerals & Agriculture und dem Regierungspräsidium Kassel gesetzt. Auf keinen Fall darf die Genehmigung von salzhaltigen Abwässern in die Werra dazu führen, dass die fest vereinbarten Ziele zur Einhaltung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie nicht eingehalten werden können. Alle planungsrechtlichen Entscheidungen müssen auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, über die Flussgebietsgemeinschaft Weser und deren Organe darauf hinzuwirken, dass die Bemühungen von K+S zur Reduzierung der Salzeinleitungen in die Werra konsequent vorangetrieben werden. Zudem soll dem Weserfischbestand und den Fischnährtieren im Einwirkungsbereich der Salzeinleitung bei künftigen wasserrechtlichen Genehmigungen eine gehobene Umweltindikatorfunktion beigemessen werden. Die Erteilung einer Erlaubnis muss künftig nur unter dem Vorbehalt erfolgen, dass eine begleitende fischereibiologische Beweissicherung in jährlicher Beurteilung der Fischzönose keine negative Auswirkung der Einleitung ergibt.

Völlig unverständlich ist, dass das Regierungspräsidium Kassel auch weiterhin keine Grenzwerte für den Pegel Boffzen festgelegt hat. Deshalb wird Niedersachsen den Pegel Boffzen als Gewässergütepegel nutzen, um die Zielwerte zu überwachen. Die Firma K+S muss alle technischen Innovationen nutzen, um Werra und Weser vor Verunreinigungen zu schützen. Kontrolle ist hier ganz entscheidend.

Aus dem Plenum

Thomas Ehbrecht: Mit dem Niedersächsischen Wassergesetz bekennen wir uns zu einem starken Gewässer- und Grundwasserschutz mit der Wasserrahmenrichtlinie als Gradmesser

„Wir brauchen einen nachhaltigeren Umgang mit unserem Grundwasser. Darum wird dieser Gesetzesentwurf durch die Beschlüsse zum ‚Niedersächsischen Weg‘ und von unserem Entschließungsantrag ‚Wassermengenmanagement‘ begleitet. Wenn wir unser Wasser erfolgreich, nachhaltig und mit Blick in eine trockenere Zukunft gut bewirtschaften wollen, dann brauchen wir das Wassergesetz jetzt, nicht zuletzt, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 zu erreichen“, betont der CDU-Abgeordnete Frank Schmädeke bei der Verabschiedung des Gesetzentwurfs im Niedersächsischen Landtag.

[Zum Volltext](#)

Thomas Ehbrecht: Volkswagen investiert über 21 Milliarden Euro in seine niedersächsischen Standorte und macht Niedersachsen zum Land der Elektromobilität

Der Aufsichtsrat der Volkswagen AG hat die Investitionen für die Planungsrunde 70 in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 09.12.2021 bestätigt.

[Zum Volltext](#)

Veronika Koch: Helmstedter Landtagsabgeordnete stellen sich hinter Polizei- und Ordnungskräfte

Veronika Koch, Lars Alt und Jörn Domeier äußern sich

Die aktuelle anhaltende Corona-Pandemie stellt die Gesellschaft unter extrem hohe Belastungen. Die nie dagewesenen Umstände machen es den Entscheidungsträgern nicht immer leicht und die Maßnahmen der Landesregierung werden von den Landtagsabgeordneten Lars Alt (FDP), Jörn Domeier (SPD) und Veronika Koch (CDU) durchaus unterschiedlich bewertet.

[Zum Volltext](#)

Impressum

Herausgeber:

„HiBs“-Gruppe im niedersächsischen Landtag

Verantwortlicher:

c/o Uwe Schünemann MdL

stellv. Fraktionsvorsitzender

Redaktion

Luca Heinemann

Politischer Referent

Reinhäuser Landstraße 5

37083 Göttingen

Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Die „HiBs-Gruppe“

Thomas Ehbrecht

Laura Hopmann

Veronika Koch

Frank Oesterhelweg

Christoph Plett

Oliver Schatta

Uwe Schünemann

Landtag live

26. – 28. Januar 2022

Livestream: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag/index.html>